

die Pili

Zeitung der DKP für die Bayer-Belegschaft

Das Irak-Geschäft lockt

Daimler, Bayer, Siemens und der Krieg im Irak

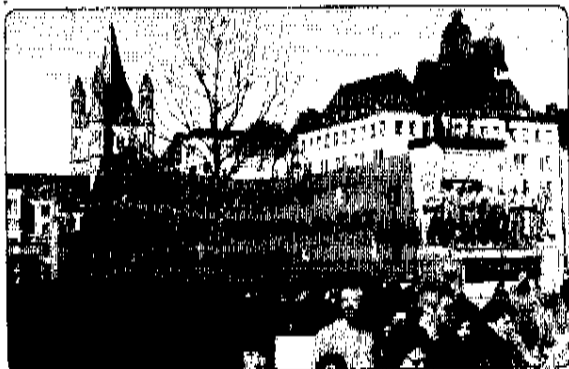
Der Konflikt zwischen USA und Teilen Europas schwelte schon lange. Divergierende ökonomische Interessen hatten ihn entfacht. Jetzt rudern die Regierenden eifrig zurück.

Im Juni 2000 lud der »Bundesverband der deutschen Industrie« (BDI) ins Berliner Hotel »Rudisnon SAS«. Teilnehmer einer BDI-Reise nach Bagdad erstatteten Bericht. Eine »fast romantische Anhänglichkeit gegenüber Deutschland« hatte der BDI-Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenberg in dem Land gespürt. Der aber droht Unbill durch Dritte. In einem Brief an Außenminister Fischer, den von Wartenberg bei dem Treffen verlas, hieß es: »Insbesondere gegenüber dem UN-Sicherheitsratsmitglied USA, aber auch gegenüber anderen müsse deutlich werden, dass mit der bislang verfolgten Politik in New York deutsche Wirtschaftsinteressen stark

beeinträchtigt würden«. Es sei »höchste Zeit«, für »die Durchsetzung deutscher Interessen sowohl in Irak als auch bei der UN einzutreten«, so von Wartenberg. Zum Abschluss wünschte er sich: »Bedeutsam wäre, wenn die deutsche Industrie ihre Vorstellungen in die politischen Leitlinien des Bundestages einfließen lassen könnte.«

Multi-Funktionär von Wartenberg
Dieser Wunsch wurde erfüllt. Im Herbst 2002 verkündete der Bundeskanzler den »deutschen Weg« in der Außenpolitik und verurteilte den Kriegskurs von George W. Bush. Der regierungsamtliche Teilzeitpazifismus entsprang also nicht nur einem Wahlkampf-kalkül. Gerhard Schröder tat einmal mehr genau das, was die Bosse ihm aufgetragen hatten.

Die hatten nämlich mit Husseins Irak blendende Geschäfte gemacht. Sie lieferten unter anderem Anlagen, Maschinen, Kraftfahrzeuge und Konsumgüter, Computer-Elektronik, Radar, Chiffriergeräte, Waffen und Munition in das Land. Mehrere Che-



Fortsetzung Seite 3

Zitiert:

User hört die Signale:

»Linux – Linux? Das ist purer Kommunismus!«

Steve Balmer, Microsoft-Chef

Sportkolumne

Auf dem Weg nach »Bern«

Der Agon-Verlag bringt dieser Tage ein Buch heraus, in dem die Diplomarbeiten der beiden Reichstrainer des Deutschen Fußballbundes, Otto Nerz und Sepp Herberger, des späteren Bundestrainers, veröffentlicht werden.

Besonders die Arbeit von Herberger ist in vielerlei Hinsicht ein für das Verständnis des deutschen Fußballs unverzichtbares Dokument. Einer der Gründe für das bisherige Zurückhalten der Arbeit von 1930 dürfte sein, dass sich Herberger im Anfangskapitel – weit vor der Machtübergabe an die Faschisten – positiv auf den Stuttgarter »nationalen Sozialisten« Fendrich bezieht und damit ein weiteres Indiz für die enge Verflechtung des Personals des DFB und des deutschen Faschismus liefert.

Geradezu spannend ist die Arbeit aber im Hinblick darauf, dass sie sich weitgehend wie das Drehbuch des »Wunders von Bern« liest. Unter dem Titel »Weg zur Höchstleistung im Fußballsport« verbinden sich Herbergers fußballerisches Denken, sein Menschenbild und seine Weltsicht zu einem untrennbaren Ganzen. Schon in der Beschreibung der Spielertypen hat Herberger Fritz Walter (1930 zehn Jahre alt) geradezu vorgeträumt, wenn er vom »Typ des Spielers«, des Künstlers am Ball, des Taktikers und genialen Führers spricht. Auch die umfassende Berücksichtigung taktischer, körperlicher, witterungsbedingter und psychologischer Einflüsse auf das Spiel in Herbergers Arbeit weckt unwillkürlich die Erinnerung an den Verlauf der Weltmeisterschaft von 1954.

Herberger setzt in seiner Arbeit den Willen zum sportlichen Erfolg um jeden Preis, wie er dann für den deutschen Fußball kennzeichnend wurde, allseitig in – damals – modernste Auffassungen für das Training in körperlicher und taktischer Hinsicht um.

Schwächen offenbart Herberger, wenn er nicht erkennt, dass das kombinatorische Spiel, das er fordert, erst durch die verschiedenen Regeländerungen im Bezug auf das Abseits in den Zwanzigerjahren ermöglicht wurde. Auch solche theoretischen und praktischen Fehler fanden Eingang in die Entwicklung des deutschen Fußballs. Solche Schwächen liegen auch in der mangelhaften sozio-ökonomischen Erfassung des Sports, wie sie sich immer wieder in der Ignorierung des Arbeitersports äußert.

Siggi Emmerich

Kommentar

Die Gruppe der oppositionellen Betriebsräte im Bayer-Werk Leverkusen ist in zwei getrennt agierende Lager zerbrochen. Ohne weiter auf die Ursachen einzugehen, konstatiert der Bayer-Arbeitskreis der DKP eine Schwächung aller fortschrittlichen Kräfte in den Werken der Bayer AG und des Bayer-Konzerns. Objektiv ist die Konzernleitung lachender Nutznießer dieses Zerwürfnisses. Entsolidarisierung wird begünstigt, der anhaltende und unerträglich angestiegene Druck der Konzern- und Werksleitungen auf jede und jeden im Betrieb droht, Früchte zu tragen.

Dem setzen wir entgegen: Lassen wir uns nicht entmutigen. Wir rufen dazu auf, das Trennende zu überwinden und eine gemeinsame Abwehrfront gegen die Konzernleitung zu errichten. Lernen wir aus unseren Fehlern. Nehmen wir Kontakt zueinander auf, erörtern wir die Möglichkeiten von Zusammenarbeit und gemeinsamer Aktion. Überwinden wir persönliche Verletzlichkeiten und stellen wir eigene Ansichten zurück. Bilden wir einen Ort – an uns, der DKP, soll es nicht liegen – der Gespräch und Handeln unter Einbeziehung aller an gesellschaftlichem Fortschritt und den Rechten der arbeitenden Menschen interessierten Kräfte ermöglicht und fördert. Das gilt auch und gerade für euch Kolleginnen und Kollegen bei den »Durchschaubaren« und den »Basisbetriebsräten«.

Eine andere Welt ist möglich – auch bei Bayer!

Zur Lage bei Bayer nach dem Auseinanderbrechen der Durchschaubaren

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hat sich mit großer Macht und weltumspannend erneut die Vision erhoben: Eine andere Welt ist möglich! Dies gilt auch und gerade bei Bayer. Trotz kalter und rücksichtsloser Vernichtung

immer weiterer Rechte der Beschäftigten, trotz der Durchsetzung immer neuer Ausbeutungsmaßnahmen – Widerstand ist möglich! Und vor allem angesichts der Lage in den Werken nötig.

Die andere Welt ist

eine Welt unserer Rechte, der Rechte der Beschäftigten, ihrer Familien, ihrer Kinder und ihrer Enkel. Die andere Welt ist eine Welt ohne die Macht und Gewalt zu Sonderrechten und Extraprofiten für Konzernherren und AktionärInnen.

Kollege und Kollegin, denk' nach. Geis ist nicht geil! Das ist nichts als die neumodische Fassung der Formel »Jeder ist sich selbst der Nächste«. Wer so denkt und handelt sägt am Ast, auf dem er sitzt. Eine zersplitterte Belegschaft mit nur am eigenen Fortkommen interessierten Beschäftigten ist für die Konzernleitung nichts als ein Satz von Figuren im Halmspiel. Nur gemeinsames, solidarisches Handeln bietet die Chance für eine Veränderung der in der Tat beschissenen Situation. Und der erste Schritt ist, dass wir Kontakt zueinander aufnehmen, um gemeinsam Vorschläge und Möglichkeiten zu beraten. Interessiere dich, melde dich, mach' mit!

AK-Bayer@dkp-rheinland.de

Schluss mit Trübsall

Bayer-Arbeitskreis der DKP, Juli 2003

NRW-Landesregierung Fürsprecher für Chemie- Industrie

Im »Weißbuch Chemie« sollen in der Europäischen Union der Handel und die Verwertung neuer Chemikalien einer verschärften und europaweiten zentralen Kontrolle unterzogen werden. Die Industrie jammert und erwartet Kosten von 29 Milliarden Euro. Die EU-Kommissarin für Umwelt, Margot Wallström (Schweden) wies diese Zahl zurück. Sie spricht von Kosten von vier Milliarden Euro. Die NRW-Landesregierung veranstaltete zu diesem Thema einen Chemiekongress im Landtag. Ministerpräsident Steinbrück äußerte anschließend, es müsse sichergestellt sein, dass dem Wirtschaftsfaktor an Rhein und Ruhr keine Wettbewerbsnachteile entstehen. Dass das geplante Weißbuch auch dem Schutz von Mensch und Umwelt dienen sollte, davon ist keine Rede.

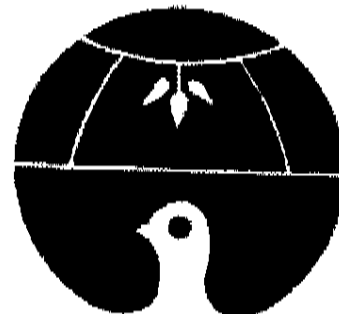
Glucobay, das Wundermittel?

Glucobay soll die Zuckeraufnahme in den Körper bremsen und damit Herzinfarkte zu 91 Prozent verhindern. So wirbt Bayer, Bayer verhindert aber bisher, dass die Studie, die zu diesem Ergebnis geführt haben soll, von herstellerunabhängigen Wissenschaftlern überprüft wird.

Die Zeitung »Arznet-Telegramm« Nr. 4/03 folgert: »Aus Werbematerial eines Herstellers lässt sich jedoch keine Behandlungspflicht ableiten.«

Bayer muss Strafe zahlen

In den USA lief ein Verfahren gegen Bayer wegen überhöhter Preise, die Bayer von Medicaid, dem staatlichen US-amerikanischen Gesundheitshilfeprogramm für die Armen, für das Antibiotikum Cipro und das Blutdruckmittel Adalat verlangte. In einem Vergleich mit US-Behörden wurde festgelegt, dass Bayer 257 Millionen Dollar bezahlen muss. Bayer hatte bereits im 4. Quartal des letzten Jahres dafür Rückstellungen vorgenommen.



Einsatz von Fluorchinolonen aus der Produktion für seine Geflügelprodukte verboten. Cipro wurde nach den Anschlüssen vom 11. September weltweit bekannt, weil es im Zusammenhang mit Biowaffen als Milzbrand-Gegenmittel zum Thema wurde.

aus: Financial Times
Deutschland, 20. Juni 2003

McDonald's gegen Baytril von Bayer

Bayer wird womöglich in den USA neue Diskussionen darüber erleben, dass Antibiotika als Mastbeschleuniger in der Tierernährung nichts verloren haben. Diese Debatte heizt der amerikanische Fast-food-Konzern McDonald's an.

Er wird schon bald für seine Geflügelprodukte, aber auch für Rind- und Schweinefleisch, weltweit strengere Regeln zum Einsatz von Antibiotika einführen. Wie der Konzern gestern bekannt gab, werde er in einem ersten Schritt einen Teil seiner US-Lieferanten dazu veranlassen, nur solches Fleisch zu liefern, das ohne wachstumsfördernde Antibiotika erzeugt wurde. Damit reagiert der Burger-Konzern auf ein wachsendes Gesundheitsproblem in der westlichen Bevölkerung. Immer öfter versagen etablierte Antibiotika in der Humanmedizin. Durch den intensiven Einsatz in der Landwirtschaft haben sich bereits resistente Keime entwickelt.

Der Initiative von McDonald's haben sich auch die weltgrößten Fleischproduzenten, Tyson Foods und Cargill, angeschlossen...

Ab 2006 werden Bauern in der Europäi-

sehen Union ohne Antibiotika und andere leistungssteigernde Medikamente im Tierfutter auskommen müssen. Das beschloss die EU im März 2002. Die vier noch zugelassenen Fütterungsantibiotika werden verboten. Damit will die Kommission die Ausbreitung von antibiotikaresistenten Krankheitskeimen verhindern, die sich mit gebräuchlichen Arzneimitteln nicht mehr bekämpfen lassen. Ursache für das Versagen von Medikamenten ist die chemische Ähnlichkeit der Fütterungsantibiotika mit den gebräuchlichen Humanantibiotika.

Eines der umstrittenen Präparate ist Baytril von Bayer. Es wird dort vorwiegend bei Geflügel eingesetzt... Baytril (ein so genanntes Fluorchinolon) ist dem Humanantibiotikum Cipro (in Deutschland: Ciprobay, Pille-Red.) sehr ähnlich... McDonald's hat 2001 den



Daimler, Bayer, Siemens und der Krieg im Irak

Fortsetzung von Seite 1

nieunternehmen waren mit chemiewaffenfähigem Material dabei. Der Export von militärischen Gütern in Krisengebiete war zwar verboten, aber das »Bundesamt für Wirtschaft« sah das nicht so eng. Publik sollten ihre Entscheidungen jedoch nicht werden. »Die Veröffentlichung von Ausfuhrwerten nach Empfängerländern kommt nicht in Betracht«, dekretierte der damals zuständige Staatssekretär. Sein Name: Ludolf von Wartenberg.

Durch das nach 1991 in Kraft getretene Embargo versiegten die Handelsströme so ziemlich. Der BDI setzte sich daher vehement für die Aufhebung des Embargos ein. Nur so bestand Aussicht, die Schulden des Irak bei den hunderteutschen Unternehmen wieder einzutreiben. Ein Krieg konnte schon deshalb nicht im Interesse der bundesdeutschen Konzerne sein. Nach dem kaum in Zweifel stehenden Sieg der USA und Großbritannien würden als Nachhut nämlich deren Multis in den Irak einrücken und die »alt-europäischen« verdrängen. Also entdeckten die regierenden Koalitionäre von SPD und Grünen die Friedensliebe wieder und überwarfen sich mit den Vereinigten Staaten.

Streit auch in der WTO

Der Konflikt schwelte allerdings schon lange. Die Bundesrepublik hatte nach der »Wiedervereinigung« die volle Souveränität zurückerlangt und machte von ihr beim Run auf die neu zu verteilenden Interessensphären immer ungenierter Gebrauch. Dies führte zu ökonomischen Streitigkeiten mit den USA. Die US-Amerikaner zogen daraus die Konsequenz, vermehrt über bilaterale Wirtschaftsabkommen freien Zugang zu Märkten zu suchen.

Das müssen die Vereinigten Staaten auch, hat der Europäische Rat im März 2000 doch verkündet: »Die Union hat sich heute ein strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.« Ein zentrales Instrument hierzu war die Einführung des Euro als Gemein-

schaftswährung. Sollte er einmal dem Dollar seinen Rang streitig machen, so könnte Brüssel mit seiner Finanzpolitik die Spielregeln des globalen Kapitalismus bestimmen.

Höhere Militärausgaben

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Zu einer starken Währung gehört nämlich ein starkes Militär zur Sicherung der Dominanz. Aus diesem Grund unternehmen die alt-europäischen Regierungschefs im Moment verstärkte Anstrengungen zum Aufbau einer schlagkräftigen Armee. Wo das Geld dafür herkommen soll, weiß Schröder schon. Die Notwendigkeit des Kahlschlagprogramms »Agenda 2010« begründete er nicht zuletzt mit höheren Militärausgaben wegen »unsere(r) Verantwortung für ein starkes Europa und damit für seine Rolle in der Welt«.

Andererseits sind alte und neue Welt wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Bayer macht zum Beispiel fast ein Drittel seines Umsatzes in den Vereinigten Staaten. Um den fürchte er ebenso wie die anderen bundesdeutschen Unternehmen angesichts der Krise der transatlantischen Beziehungen.

Schröder zur Ordnung gerufen

Prompt meldete sich Dieter Hundt als Präsident der bundesdeutschen Arbeitgeberverbände (BDA) mit einem offenen Brief zu Wort, der einen Antikriegsaufruf von Künstlern und Intellektuellen scharf kritisierte. Im Interesse der Wirtschaft ruderte die Bundesregierung plötzlich zurück. Schröder & Co. nutzten alle diplomatischen Kanäle zur Deeskalation des Konflikts. Eifrig buhlten sie um Visiten US-amerikanischer Politiker. Und einige kamen wirklich. Bushs Handelsbeauftragter Robert Zoellick brachte zwar ein »tiefes Gefühl von Enttäuschung und Traurigkeit« über die verweigerte Waffenbrüderschaft zum Ausdruck, verlor darüber aber nicht seinen Geschäftssinn. »Es gibt keinerlei Zweifel, dass eine weitere enge Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse ist«, sagte er und versicherte, niemand denke an ein Einfrieren der Handels- und Wirtschaftskontakte (Frankfurter Rundschau, 3. 5. 03).

Neben Wolfgang Clement und Renate Künast traf er auch Ludolf von Wartenberg. Dieser wird in dem Gespräch die Chancen für die alte Irak-Connection unter den neuen Bedingungen ausgekundschaftet haben.

Der Bayer-Konzern, der den Wahlkampf von George W. Bush mit 200 000 Dollar unterstützt hatte, kann sich mit den Kriegszielen des US-Präsidenten unschwer identifizieren. Der Zugang zu billigem Öl liegt ebenso im Interesse des Pharmariesen wie die Aussicht darauf, mittelfristig das Preiskartell der OPEC zu brechen. Wie kaum ein anderer Industriezweig ist die Chemiebranche auf den kostbaren Rohstoff angewiesen. Sie braucht ihn zur Herstellung von Kunststoffen, Pestiziden, Farbstoffen und Fasern. Nicht einmal die Aspirinproduktion kommt ohne ihn aus. 100 Kilogramm Erdöl benötigt Bayer für 11 500 Tabletten. Da fallen höhere Beschaffungskosten extrem ins Gewicht. Auch Bushs Plan einer Freihandelszone im Nahen Osten dürften die Chemiemanager gutheißen.

Krieg und Wirtschaft – ein Paar

Grundsätzlich verabschieden sollte man sich von der idealistischen Vorstellung, dass Gewalt und Zerstörung »eigentlich« modernitätsfeindlich und unproduktiv sind - sozusagen die irrationale Seite des Kapitalismus darstellen, die es von seinen rationalen Formen wegzunehmen gelte. Denn das Gegenteil ist der Fall: Zerstörung und Krieg gehören elementar zur Entwicklung der Wirtschaft, ihrer Modernisierung und des »Fortschritts« allgemein.

Denn der Kapitalismus stellt kein starres System dar. Vielmehr werden darin ständig alte Formen der Reproduktion von Gesellschaft und Leben zertrümmert, um den schöpferischen und wertschöpfenden Zugriff neuer technologischer, organisationsorganisatorischer, sozialstrategischer und kultureller Formen zu ermöglichen - auf die Spitze getrieben jüngst durch »Patente auf Leben«, welche sogar die Aneignung der elementarsten Lebensgrundlagen ermöglichen. Der Krieg hat dabei im globalen Maßstab eine ähnliche Funktion wie die Zertrümmerung des Sozialstaats im nationalen Rahmen.

Die europäischen Multis werden in ihrer »Außenpolitik« gegenüber den Vereinigten Staaten zwischen kurz- und langfristigen wirtschaftlichen Zielen abwägen müssen. Der Konfrontationskurs anlässlich des Irak-Kriegs wird daher wohl zunächst zurückgefahren werden. Ob der Grad von Beeinflussung und Integration zwischen den USA und Europa dabei groß genug sein wird, dass die Spannungen nicht unmittelbar in einen imperialistischen Konflikt münden, wird die Zukunft zeigen. Zu konstatieren ist aber zunächst einmal ein forciertes Auseinanderdriften der kapitalistischen Blöcke und ein Sieg der amerikanischen Seite bei der Auseinandersetzung um den Irak.

Udo Hörster

gekürzt aus: »Stichwort BAYER« 2/2003
Coordination gegen Bayer-Gefahren e.V.
www.CBGnetwork.org

Wir laden ein zum Pille-Fest

Samstag, 20. September ab 15.00 Uhr im Haus und Garten der Kulturvereinigung, Am Stadtpark 68, Leverkusen Manfort

- ☆ Musikdarbietungen: »Ozan Safak«, »Tres Commandantes« und
- ☆ Für den Bauch: Kaffee und Kuchen, Gegrilltes, Bier, Wein und alkoholfreie Getränke
- ☆ Für den Kopf: Infostände und -materialien u.a. von DKP, SDAJ, Coordination gegen Bayer-Gefahren, Karl-Liebknecht-Schule, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, VVN

»Task force« für Pharmaindustrie

Mit Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement haben sich die Lobbyisten der Pharmaindustrie bereits im März dieses Jahres auf die Bildung einer »Task Force« geeinigt, die neue Gesetzesvorhaben auf ihre Folgen für die Pharmaindustrie abklopfen soll. Mitmischen werden der Verband forschender Arzneimittelhersteller, der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie, der Bundesverband der Arzneimittelhersteller, die Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie sowie Vertreter des Wirtschafts- und des

Gesundheitsministeriums. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt soll die Idee gehabt haben. Wen wundert's noch, dass die Positivisten, in der festgeschrieben worden soll, welche Arzneimittel auf Kosten der gesetzlichen Krankenkassen verschrieben werden dürfen, immer noch auf sich warten lässt. Sicher gibt es noch ganz andere Bereiche, in denen die Chemie-Industrie ihren Einfluss geltend macht. Welche Rolle wird die Gewerkschaft spielen? Bayer hat in diesem Gremium sicherlich Gewicht.

Bayers Einfluss auf Regierungsentscheidungen

Der britische Umweltminister Michael Meacher musste gehen. Meacher ist als profunder Kritiker genveränderter Nahrungsmittel bekannt und war den Biotechnik-Firmen seit langem ein Dorn im Auge. Dr. Paul Rylott, Vorsitzender der einflussreichen Industrie-Vereinigung Agricultural Biotechnology Council (ABC) und Leiter der Bayer-Tochterfirma BioScience, hatte den Minister nur wenige Tage vor seiner Entlassung heftig kritisiert. Streitpunkt ist die Zulassung genveränderter Nahrungsmittel in Großbritannien. Erst Anfang Juni hatte die britische Regierung einen »Gentechnik-Dialog« initiiert – dieser soll bereits in drei Monaten darüber entscheiden, ob Großbritannien das erste europäische Land wird, in dem gentechnisch veränderte Pflanzen kommerziell angebaut werden. Der Dialog wird von einem elf-köpfigen Komitee geleitet, dem Bayer-Lobbyist Paul Rylott ebenfalls angehört. Auch der Agriculture and Environment Biotechnology Commission, die die britische Regierung über Risiken der Gentechnik beraten soll, gehört Multifunktionär Rylott an. Und der britische Premier Toni Blair ist als Verfechter der Gentechnologie bekannt.

Wo ist das Land, in dem Bayer nicht seine Vertreter in einflussreichen Regierungen nahen Gremien sitzen hat und seine Interessen durchsetzt?

Wo ist das Land, in dem Bayer nicht seine Vertreter in einflussreichen Regierungen nahen Gremien sitzen hat und seine Interessen durchsetzt?

Über Kommunisten wird allerlei geredet

UZ

Zeitung der DKP
Lesen Sie selbst nach!

Erscheint wöchentlich
Jahresabo: 90 Euro; 55 Euro für
Schüler, Studenten, Arbeitslose,
Sozialhilfeempfänger und
Parteiangehörige
Probe-Abo 8 Euro für zwei Monate.

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18,
45127 Essen
Telefon (0201) 20 00 08
eMail: UZ-Redaktion@t-online.de
http://www.unsere-zeit.de

Vor einigen Wochen überraschte uns alle die Nachricht, dass die elegante Ex-Stewardess Sabine Christiansen und unser Ex-Vorstandschef, der weltläufige Manni Schneider liiert sind. Eine würdige, eine passende Verbindung.

Pillerich fragt sich:

Falls sich für Werner Wenning - was wir nicht hoffen - die Frage der partnerschaftlichen Neuorientierung stellen sollte, wer käme da in Frage? Eigentlich fällt ihm da nur ein würdiger, ein passender Name ein: Angela Merkel, am besten mit neuer Frisur!

die Pille ●

erscheint vier mal im Jahr.
Die Redaktionsleistungen sind kostenfrei.
• Termine: 1. und 29. September
• jeweils 19.00 Uhr • Redaktionsschluss
dieser Ausgabe: 20. Juli

Herausgeberin: DKP Leverkusen
verantwortlich: Anne Franke
Am Stadtpark 68 • 51873 Leverkusen
Tel.: (0214) 49825 • Fax: (0214) 46450
http://www.DKP-Rheinland-Wesfalen.de
eMail: DKP-Kreis.Ler@web.de